



Foto: Bernhard Eifrig

Der Deutsche Ärztetag hatte im Mai in Köln mit großer Mehrheit für eine Weiterbildungsreform votiert.

Weiterbildung

Aufwertung der Psychosomatik

Ärztliche Psychotherapeuten begrüßen neue Weiterbildungsordnung.

Zwei mit der neuen (Muster-) Weiterbildungsordnung einhergehende Änderungen im Bereich Psychotherapie haben die Vereinigung Psychotherapeutisch tätiger Kasenärzte (VPK) und die Allgemeine Ärztliche Gesellschaft für Psychotherapie (AÄGP) begrüßt. Der 106. Deutsche Ärztetag hatte die neue Weiterbildungsordnung im Mai in Köln beschlossen. Im Bereich der Psychotherapie existierten nun zwei Fachbezeichnungen: der Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, ehemals Facharzt für Psychotherapeutische Medizin, und der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie. Prof. Dr. Wolfgang Tress, Vorsitzender der AÄGP, sieht in der neuen Bezeichnung „eine Stärkung der ärztlichen Psychotherapie“.

Nach der neuen Weiterbildungsordnung sind zwei psychotherapeutische Zusatzbezeichnungen möglich: fachgebundene Psychotherapie und Psychoanalyse. Die alte Zusatzbezeichnung Psychotherapie wurde in „Fachgebundene Psychotherapie“ umbenannt. Hintergrund sei das Bestreben, Psychotherapie so gut wie möglich in alle medizinischen Fächer zu integrieren.

Im Rahmen der Weiterbildung fachgebundene Psycho-

therapie solle der Arzt lernen, spezifische psychosoziale Fragestellungen seines Fachs zu erkennen und entsprechend seiner Praxisgegebenheiten psychotherapeutisch zu behandeln. Durch die neue Zusatzbezeichnung werde, so Friedrich Neitscher, Vorsitzender der VPK, „dem hohen Anteil an Patienten Rechnung getragen, die mit körperlichen Beschwerden zum Arzt kommen und deren Erkrankung überwiegend psychosoziale Ursachen hat“. pb

Gesundheitsreport

Depressionen nehmen zu

Techniker Krankenkasse ermittelte einen jährlichen Anstieg um fünf Prozent.

Die Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen sind seit dem Jahr 2000 jährlich um mehr als fünf Prozent gestiegen, heißt es im Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse (TK), der Anfang September in Berlin vorgestellt wurde. „Psychische Erkrankungen führten mit jährlich 50 Tagen je Krankheitsfall zu ausgesprochen langen Krankschreibun-

Wirtschaftsinstitut

Ausgabenseite entlasten

Beitragsentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung

Das Institut für Wirtschaft und Soziales in Berlin hat im Auftrag des AOK-Bundesverbandes die finanzielle Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in den vergangenen 50 Jahren analysiert. Das Ergebnis: Die Defizite der GKV ergäben sich nicht aus sinkenden Einnahmen, sondern aus gestiegenen Ausgaben.

„Die GKV hat ein Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem“, folgerte der Inhaber des Berliner Instituts, Ulf Fink, der die Studie gemeinsam mit dem ehemaligen Referatsleiter des Bundesarbeitsministeriums Dr. Hermann Berié erstellt hat, vor kurzem bei der Präsentation der Ergebnisse in Berlin. Von 1950 bis 1990 erhöhte sich der durchschnittliche Beitragssatz von 4,7 Prozent auf 11,4 Prozent, wohingegen er heute bei 14,4 Prozent liegt. „Die eigentliche Ko-

stenexplosion hat in den ersten 30 Jahren der Bundesrepublik stattgefunden“, folgerete Fink. Die Lohnquote, der Anteil der Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen, zeigte in den vergangenen 30 Jahren keine sinkende Tendenz. Für die GKV bedeute dies gleich bleibende Einnahmen. Sorge bereiteten Fink die Aufwendungen für Rentner. Sie betragen 1950 noch 0,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, heute liegen sie bei 2,8 Prozent.



Foto: phalarix

Will durch Prävention die Ausgabenseite entlasten: Ulf Fink

Prävention ist für Fink der richtige Weg, um die Ausgabenseite zu entlasten. Zurzeit würden nur etwa vier Prozent der Beiträge darauf entfallen. Fink hält es für falsch, die Kosten stärker auf die Patienten abzuwälzen. Konkretere Vorschläge zur Ausgabenbegrenzung gab er jedoch nicht. sl

stens ein Antidepressivum. Im bundesweiten Vergleich verzeichneten die neuen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die wenigsten Arbeitsausfälle wegen psychischer Störungen, Hamburg und Berlin die meisten.

„Bei Versicherten mit Universitäts- oder Hochschulabschluss wurden die niedrigsten Fehlzeiten ermittelt“, sagte Dr. med. Thomas Grobe, Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitssystemforschung in Hannover, der im Auftrag der TK den Bericht erstellt hat. Erwerbstätige ohne Berufsausbildung oder Abitur wiesen die höchsten Fehlzeiten auf. sl